



# Wiesbaden kann mehr!

## (Kommunalwahl-Programm 2021)

Die Liberal-Konservativen Reformer treten bei der Kommunalwahl in Wiesbaden mit einer Liste von 30 Kandidaten an. Sie sind zwischen 73 und 21 Jahren, im Durchschnitt 46 Jahre alt. 40% der Kandidaten sind Frauen (ohne festgelegte Quote). Sie kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen, aber sie eint ein Ziel: Wiesbaden kann mehr. Mehr für die Bürger, mehr für die Schulen, mehr für die Stadt. Weniger für die Politiker, weniger für die Verwaltung, weniger für die Bürokratie.

Fragen/Anregungen/Kontakt zur LKR:

[Thomas.Preinl@lkr-he.de](mailto:Thomas.Preinl@lkr-he.de)

01515-8935999

<https://www.facebook.com/LKR.Wiesbaden/>

# **LKR Wiesbaden - Kommunalwahlprogramm für 2021**

## **Inhaltsverzeichnis**

Bildung und Schulen .....	5
Familie und Kinder .....	6
Wohnungspolitik und Stadtentwicklung .....	7
Städtische Verwaltung und Städtische Unternehmen.....	10
Verkehr.....	11
Bürgerbeteiligung.....	12
Energie .....	12
Finanzen, Steuern, Abgaben.....	13
Kultur und Vereine.....	14
Migration.....	15
Sozialpolitik.....	16
Wirtschaft und Wirtschaftsförderung.....	16

## **Vorwort/Präambel**

Die LKR will frischen Wind in die Kommunalpolitik unserer Stadt Wiesbaden bringen.

Wir brauchen eine ideologiefreie sachorientierte Politik, die ohne Denkverbote nach politischen Lösungen für die Probleme der Bürger sucht.

Bei der Kommunalwahl 2021 in Wiesbaden wird sich mehr als bei früheren Wahlen entscheiden, ob die Politik weiter an den Bürgern vorbei regiert.

Wir brauchen dringend Menschen mit eigener Lebenserfahrung, die in der Lage sind, sich über Parteigrenzen hinweg der harten Realität mit unbequemen Wahrheiten offen zu stellen.

Unumstrittene Grundsätze wie ein ausgeglichener Haushalt oder die Eigenverantwortung der Bürger müssen wieder einen höheren Stellenwert bekommen.

Die LKR steht für solides Wirtschaften, für den Abbau von Schulden, für die Beteiligung der Bürger an allen wichtigen Entscheidungen und für Transparenz im Verwaltungshandeln.

Die LKR formuliert in ihrem Kommunalwahl-Programm ihre Grundsätze zu einer maßvollen Steuerpolitik, einer sinnvollen Bildungs- und Verkehrspolitik, der Sicherung bezahlbaren Wohnraums, dem entschlossenen Schutz der Bürger vor Kriminalität, einer liberalen Kulturpolitik und einer Sozialpolitik für die wirklich Bedürftigen dieser Stadt.

Wir fühlen uns als Europäer, aber auch Wiesbadener und schätzen und pflegen das über Jahrhunderte gewachsene kulturelle Selbstverständnis der Menschen in dieser Stadt.

Wir stehen in Wiesbaden (unter anderem) für

- Ein Bündnis für Bildung: 400 Millionen Euro müssen für die dringende Generalsanierung aller Wiesbadener Schulen bereitgestellt werden. Unsere Kinder müssen uns das wert sein!
- Sie sollen gegenfinanziert durch Einsparungen in der Verwaltung, gemeinsame Anstrengungen von Stadt und Wirtschaft, aber auch durch die die Verschlinkung einer unüberschaubaren, intransparenten und für Korruption so anfälligen „Wiesbaden AG“ mit ihren unzähligen Unternehmen und hochbezahlten Geschäftsführern.
- Bürgerbeteiligung und Transparenz, die nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Wir waren gegen einen Parlamentsentscheid zur City-Bahn, wir sind gegen den Osthafen-Ausbau gegen den Willen der Schiersteiner Bürger. Immer wieder haben wir Bürgerinitiativen unterstützt, die sich von den etablierten Parteien überrollt fühlten. Gerade auf kommunaler Ebene darf Bürgerbeteiligung keine Floskel sein. Die Transparenz des Verwaltungshandelns ist ein elementarer Bestandteil gegen Korruption und Bürokratie.
- Die Wiesbadener haben mit deutlicher Mehrheit einem schienengebundenen neuen ÖPNV eine klare Absage erteilt. Dieses Votum ist zu akzeptieren. Wir sind gegen ein „Citybahn 2 durch die Hintertür“ in einigen Jahren (ggfs. ohne Bürgerentscheid!)
- Sinnvolle und wirksame Corona-Maßnahmen für Risikogruppen, aber keine unverhältnismäßigen Einschränkungen der Grundrechte aller Menschen.
- Wir wollen in Frieden und Freiheit, Eigenverantwortung und Toleranz leben, nicht in Angst und Überwachung.

## Bildung und Schulen

Wir, die Liberal-Konservativen Reformer (LKR), stehen für den Erhalt des **bewährten mehrgliedrigen Schulsystems**, weil es am besten den individuellen Schülerpersönlichkeiten gerecht wird und vielfältige Bildungswege eröffnet.

Wir bevorzugen ein ausgewogenes Verhältnis unterschiedlicher Schulformen und Schulkonzepte, das Wahlmöglichkeiten entsprechend der **Leistungsfähigkeit** und **Begabung der Kinder** und der **Wünsche der Eltern** bietet. Schüler und Eltern müssen deshalb zukünftig immer auch das klassische dreigliedrige Schulsystem vorfinden. Einen flächendeckenden und ideologisch motivierten Ausbau von Gesamtschulen zu Lasten aller anderen Schularten lehnen wir ab.

Alle durch die jeweilige Schullaufbahn erworbenen Qualifikationen sollen durch transparente und valide Abschlussprüfungen mit Zeugnissen dokumentiert werden.

Wir fördern die **Inklusion, sofern sie nicht als genereller Ersatz** für sonderpädagogische und auf körperliche Behinderungen spezialisierte schulische Einrichtungen dient. Wir befürchten, dass hier zu Lasten der Bedürftigsten unter dem Deckmantel des „Sozialen“ Kosten eingespart werden sollen. Das bewährte System der Förder- und Sonderschulen, in denen spezielle Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden, gilt es zu bewahren.

Wir befürworten Inklusion **insbesondere** nur dann, wenn das betroffene Kind mental und sozial in der Lage ist, dem Unterricht zu folgen, ohne dass den Mitschülern dadurch Aufmerksamkeit des Lehrers entgeht und ihnen Bildungsnachteile entstehen.

Die LKR respektiert das Recht der Eltern, ihre Kinder selbst zu erziehen, fordert aber auch ein entsprechendes Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein ein.

Dem Interesse vieler Eltern an einem Ausbau der **Ganztagschule** werden wir Rechnung tragen und fördern die Erweiterung des schulischen Angebots durch Vereine, kulturelle Einrichtungen und Kirchen. Die Ganztagschule ist jedoch nur eine Gestaltungsmöglichkeit, ihr Besuch muss auf Freiwilligkeit beruhen. Die Entscheidungsfreiheit der Eltern in der Erziehung, Freizeitgestaltung und Förderung ihrer Kinder hat für uns Vorrang.

Unser Staat steht für Werte und er muss diese aktiv bewerben und verteidigen. Es sind dies vor allem die Werte des Humanismus, der Aufklärung und der Revolutionen von 1789, 1848 und auch 1989. Die LKR fordert daher, diese Werte in Schulen und Bildungseinrichtungen selbstbewußt zu vermitteln.

Für die Vermittlung von Bildung für unsere Kinder braucht es **funktionstüchtige und mit Lehrmitteln gut ausgestattete Schulgebäude**. Das ist in Wiesbaden derzeit ein großes Problem. Viele Schulen sind heruntergewirtschaftet und unzureichend ausgestattet. Dieser Zustand ist durch sträfliche Vernachlässigung über längere Zeiträume entstanden und muss umgehend beseitigt werden. Die LKR fordert den **Renovierungsrückstand** der Wiesbadener Schulen vorrangig aufzuholen und zukünftig für eine angemessene Bestandspflege und Ausstattung der Schulen sowie für ausreichend Lehrer für unsere Kinder zu sorgen.

Die LKR wirbt für eine **Schuluniform** wie sie sich z. B. in angelsächsischen Ländern sehr bewährt hat. Eine Schuluniform verstärkt zum einen das Gemeinschaftsgefühl und kann zum anderen Ausgrenzung (oder gar Mobbing) verhindern, z. B. wenn einkommensschwache Eltern ihre Kinder nicht nach der jeweils aktuellen und teuren Mode kleiden können.

## **Familie und Kinder**

Die **Familie ist die Grundlage der Gesellschaft** und bietet Rückhalt und Sicherheit, insbesondere in Notsituationen. Die Liberal-Konservativen Reformen (LKR) respektiert, schützt und achtet allerdings auch unterschiedliche Lebensentwürfe.

Die LKR setzt sich für die spürbare **steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern** ein. Da Entscheidungen hierzu aber nur auf Bundesebene getroffen werden können, sollte sich die Stadt Wiesbaden über den Deutschen Städtetag für eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation einsetzen.

**Kinder** sind unsere Zukunft. Familien mit Kindern sind deshalb verstärkt zu fördern. Eine echte Förderung von Familien sorgt dafür, dass Kinder in den ersten Lebensjahren möglichst viel Zeit mit ihrer Familie verbringen können. Aus diesem Grunde befürworten wir Angebote zur Unterstützung und Förderung der häuslichen Kindererziehung. Da junge Mütter aus unterschiedlichen Gründen heute vermehrt arbeiten wollen oder müssen,

ist die **Betreuung von Kindern** eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die Stadt muss vom Gesetzgeber alle finanziellen Mittel einfordern, die zur Aufrechterhaltung des Kinderbetreuungsanspruchs notwendig sind, und jede Möglichkeit zur Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze nutzen. Grundsätzlich werden wir uns dafür einsetzen, dass Pflege und Erziehung der Kinder in Wiesbaden vorrangig das Recht der Eltern, aber auch ihre Pflicht bleiben.

**Altersarmut** ist mit steigender Tendenz auch ein Thema in Wiesbaden. Immer mehr ältere Menschen müssen sich als Rentner einen Zusatzverdienst suchen, um „über die Runden“ zu kommen. Die LKR möchte diesen Menschen, die unseren Wohlfahrtsstaat unter denkbar schwierigen Bedingungen mit aufgebaut haben und denen wir viel zu verdanken haben, mehr Beachtung schenken, sowohl durch weitere Unterstützungsleistungen, als auch entsprechende Betreuungsangebote.

## **Wohnungspolitik und Stadtentwicklung**

Wiesbaden ist ein attraktiver Wohnort. In Stadt und Umland befinden sich viele renommierte Unternehmen, die hochqualifizierte Arbeitskräfte anziehen und für Beschäftigung sorgen. Darüber hinaus bietet Wiesbaden eine gute Infrastruktur und eine große kulturelle Vielfalt. Davon profitieren alle.

Hohe **Parkgebühren** in der Innenstadt stehen dem entgegen und treiben die Kunden auf die grüne Wiese. In einer Stadt, die zu einem nicht unerheblichen Teil von der Kaufkraft des Umlandes lebt, darf der Individualverkehr nicht durch ideologisch motivierte Konzepte oder überverteuerten Parkraum „abgewürgt“ werden.

P+R-Systeme sind zu errichten und auszubauen.

Entsprechend teuer ist natürlich auch der **Wohnraum**. Dies ist auf dem freien Wohnungsmarkt unvermeidlich und steuert im positiv marktwirtschaftlichen Sinne auch Angebot und Nachfrage.

Die Politik hat nicht die Aufgabe in die Marktpreisbildung direkt einzugreifen und damit falsche Anreize zu schaffen. Die Politik hat aber die Aufgabe, durch entsprechende **Rahmenbedingungen und Fördermittel** den städtebaulichen Anforderungen wie z. B. Denkmalspflege, Vermeidung von Ghettobildungen, Begünstigung des sozialen Wohnungsbaues, Geltung zu verschaffen.

Darüber hinaus hat die Politik die Aufgabe, soziale Härtefälle im Einzelfall durch direkte finanzielle Unterstützung abzumildern.

Umso wichtiger ist es, dass die Stadt nicht zum **Kostentreiber für Wohnraum** wird. Deshalb fordern wir eine Senkung der Grundsteuer, insbesondere der Grundsteuer B, da diese gem. Wohnraummietrecht als „umlagefähige Kosten“ vom Vermieter i. d. R. den Mietern weiterbelastet wird.

Grundsätzlich sind wir für eine Gebührenpolitik mit Augenmaß.

**Wohneigentum** bedeutet neben Lebensqualität auch Sicherheit und ist eine wichtige Form der Altersvorsorge für den Bürger. Die Stadt sollte dem durch Erschließung und Bereitstellung von günstigem Bauland Rechnung tragen.

Die LKR fordert darüber hinaus eine unabhängige **Überprüfung aller behördlichen Auflagen**, die den Wohnungsneubau und die Vermietung von Wohnraum verteuern. Zahlreiche Bauvorschriften, die nicht die Sicherheit betreffen, sollten überprüft und ggf. gestrichen werden. Der Verkauf von **Sozialwohnungen** an Investoren sollte, wenn überhaupt, dann nur unter strengen Auflagen erfolgen.

Die LKR befürwortet die Schaffung von neuem Wohnraum in den **Konversionsflächen** so z. B. kurzfristig die Umwandlung der Flächen des American Arms Hotels an der Frankfurter Straße und mittelfristig die Flächen der Kastel Housing Area an der Wiesbadener Landstraße in Kastel. Dabei darf auch der Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern in aufgelockerter Bauweise kein Tabu sein.

Die LKR steht für eine deutliche **Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus**, wobei eine weitere Wohnraumverdichtung vermieden werden sollte, die häufig zu Lasten der Wohnqualität und des ungezwungenen Zusammenlebens der Bewohner geht.

Das **historische Stadtbild** von Wiesbaden ist ein wertvolles architektonisches Erbe, das es zu erhalten und zu fördern gilt. Die Vorgaben und Regeln des **Denkmalschutzes** müssen Vorrang vor rein wirtschaftlichen Erwägungen privater und öffentlicher Investoren haben. Bei der Neugestaltung ist dem Ensemble Vorrang vor spektakulären Einzelbaukörpern zu geben. Durch Begrünung und schonende Möblierung soll die Aufenthaltsqualität von Plätzen insbesondere in den Außenbezirken unserer Stadt verbessert werden.



Die LKR unterstützt das integrierte Stadtentwicklungskonzept des Dezernats für Planen, Bauen und Verkehr „Wisek“ und den Verkehrsentwicklungsplan bis 2030.

## **Sicherheit und Sauberkeit**

Die Bürger unserer Stadt haben einen Anspruch auf größtmöglichen Schutz vor jeder Art von Kriminalität und Vandalismus im privaten wie auch im öffentlichen Raum. Kriminalität und Vandalismus darf weder geduldet noch bagatellisiert werden.

Stadtteile mit mangelnder Sicherheit dürfen nicht hingenommen werden. So klagen z. B. die Bürger aus Sonnenberg über zunehmende Kriminalität in ihrem Stadtteil. Die Polizei sei jedoch „kaum wahrnehmbar“.

Die Präsenz von Polizeibeamten in den Stadtbezirken muss dauerhaft sichtbar sein. Die Allianz für Fortschritt und Aufbruch anerkennt die Notwendigkeit von Videoüberwachung an problembehafteten Orten im öffentlichen Raum. Dazu gehören auch Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs. Hierbei gilt die Devise: So viel wie nötig, so wenig wie möglich. Videoüberwachung kann und soll allerdings die Polizeipräsenz nicht ersetzen.

Ein Abbau von Polizei und Polizeipräsenz ist mit uns nicht zu machen. Dies ginge zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung. Die LKR fordert zur erfolgreicherer Kriminalitätsbekämpfung auch eine bessere Ausrüstung der Polizei mit modernsten Techniken.

Aussagefähige, ehrliche und umfassende Kriminalitätsstatistiken sind eine wichtige Voraussetzung für eine effektive Verbrechensbekämpfung. Dafür muss auch die Herkunft der Täter ausgewiesen werden.

Grünanlagen müssen nach Einbruch der Dunkelheit besser ausgeleuchtet werden. Dadurch wird das Sicherheitsgefühl verbessert und Kriminelle werden abgeschreckt. Abends und an Wochenenden sind die Polizeistreifen zu verstärken.

Farbschmierereien sowie jegliche Verunreinigungen öffentlicher Plätze und Grünanlagen sind nicht akzeptabel. Illegale Farbschmierereien sind Sachbeschädigungen und keine Bagatellen. Hierfür muss das Null-Toleranz-Prinzip gelten. Das Heranziehen der Täter zur Säuberung der Flächen verspricht eine wirksamere Abschreckung als Verwarnungen oder leichte Geldstrafen. (Privaten Hausbesitzern sind zur Beseitigung von

Farbschmierereien städtische Zuschüsse zu gewähren, und zwar ohne bürokratische Auflagen (Frankfurter Modell)

Aggressives Betteln, oft von Banden großflächig organisiert und betrieben, darf im öffentlichen Raum nicht geduldet werden.

## **Städtische Verwaltung und Städtische Unternehmen**

Städtische Verwaltung und städtische Unternehmen bzw. Betriebe müssen ihre Aufgaben nach den jeweils geltenden Regeln des Faches optimal (nicht maximal) erfüllen und **wirtschaftlich arbeiten**. Bei der Nutzung neuer Technologien und der **Einführung innovativer Prozesse** sollten sie vorangehen. Dies bewirkt eine Verschlankung der Verwaltung und eine bessere und günstige Versorgung der Bürger mit städtischen Dienstleistungen.

Die Stadt Wiesbaden ist an über 50 Gesellschaften beteiligt. Bei der **Besetzung von Führungspositionen** der öffentlichen Verwaltung und der Betriebe muss die Stelle öffentlich ausgeschrieben und nach dem Leistungs- und Eignungsprinzip besetzt werden. Das „Parteibuch“ darf bei der Besetzung keine Rolle spielen. Darüber hinaus ist die Stadtverordnetenversammlung zu beteiligen und die Auswahl und Bezahlung letztlich öffentlich transparent zu machen.

Die LKR fordert, die ungekürzten **Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der kommunalen Gesellschaften offenzulegen** und dem Bürger diesbezüglich ein weitergehendes Informationsrecht zu den einzelnen Vermögens- sowie Kosten- und Leistungspositionen einzuräumen.

Beim Vergleich des **Preisniveaus der Stadtwerke** Wiesbaden mit alternativen Anbietern fällt auf, dass die Stadtwerke Wiesbaden das Preisniveau der teureren Anbieter oft überschreiten. Um die Bürger nicht ständig mit höheren Preisen zu belasten, wird die Allianz für Fortschritt und Aufbruch einer künstlichen Verteuerung von städtischer Energie und Wasser durch die Stadtwerke nicht zustimmen.

Die Veräußerung kommunalen Vermögens sollte immer nur eine Ausnahme sein. Die Bürger der Stadt müssen darin einen langfristig kalkulierbaren Nutzen erkennen können. **Transparenz** ist auch hier oberstes Gebot. In

wichtigen Einzelfällen sind die Bürger in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Die LKR setzt sich für die Rückabwicklung des Verkaufs der **Dr. Horst Schmidt Klinik (HSK)** an den privaten Investor ein. Krankenhäuser stellen für die Bürger eine Grundversorgung zur Verfügung und sollten nicht in erster Linie gewinnorientiert betrieben werden wie private Unternehmen. Die Folgen sind i. d. R. Qualitätseinbußen und eine, durch Personalabbau bedingte, Überlastung des verbliebenen Personals.

Die LKR fordert die Stadt Wiesbaden als Mehrheitseigner der HSK auf, sich dauerhaft für eine Verbesserung der Versorgungssituation der Wiesbadener Bürger einzusetzen.

## **Verkehr**

Grundsätzlich halten wir nichts davon, den Individualverkehr und den öffentlichen Nahverkehr gegeneinander auszuspielen. Beide sind notwendig und können sich (auf absehbare Zeit) gegenseitig nicht ersetzen.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Wiesbaden muss allerdings attraktiver werden, nur dann kann mit einer spürbaren Entlastung des Innenstadtverkehrs gerechnet werden. Eine Aktivierung bereits vorhandener Schienenwege ist dabei eine Option. Die LKR fordert daher eine entsprechend dichtere Taktung des ÖPNV auch am späteren Abend und vor allem auch **günstigere Preise**, dann wird der ÖPNV auch verstärkt angenommen. Die Preise, vor allem im Kurzstreckenbereich sind im Städtevergleich entschieden zu hoch. Dies belastet vor allem sozial schwache Personen und Senioren, die im Besonderen auf den ÖPNV angewiesen sind.

Die LKR fordert den Einsatz moderner Technik für die Verkehrsleitung mit intelligenten sensorgesteuerten Ampel- und Leitsystemen, die flexibel auf die tatsächliche Verkehrsbelastung reagieren, und sinnvolle grüne Wellen. Dies verbessert nicht nur den Verkehrsfluss entscheidend für Bus und Auto, sondern ist auch noch umweltfreundlich. Hier kann noch viel getan werden, um die Verkehrsbelastung zu reduzieren. Auch der weiteren Verknappung öffentlichen Parkraums werden wir nicht zustimmen.

Der allbekannte **Instandsetzungsrückstau** der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur muss beseitigt werden.

## Bürgerbeteiligung

Die Kommune ist die Basis im Staatsaufbau. Ihr Handeln bestimmt unmittelbar das Lebensumfeld der Bürger und sollte deshalb Bürgernähe und Bürgerkontakt zu einer der wichtigsten politischen Handlungsmaximen machen. Mündige Bürger brauchen keine ideologische Bevormundung. **Politiker müssen sich wieder als Diener des Volkes verstehen.**

Die LKR fordert deshalb eine stärkere Beteiligung der Wiesbadener Bürger an wichtigen Entscheidungen für ihre Stadt. Die Fallbeispiele „Stadtmuseum“, „Windräder auf dem Taunuskamm“ und „City-Bahn“ haben uns gezeigt, wie wichtig **Bürgerentscheide** sind, um bürgerferne politische Prestigeprojekte zu verhindern.

Die stärkere Beteiligung der Bürger ist nicht nur unser demokratisches Grundverständnis, sondern bewirkt auch, dass die Bürger sich wieder intensiver mit den für sie wichtigen Themen ihrer Stadt befassen. Gleichzeitig zwingt es auch die „Politik“ dazu, die Bürger im Vorfeld wichtiger Entscheidungen besser zu informieren und in die politischen Meinungsbildungsprozesse einzubinden.

Wir fordern deshalb auf kommunaler Ebene das Abstimmungsquorum von derzeit 25% deutlich zu senken (§ 8 der hessischen Gemeindeordnung). Grundsätzlich begrüßen wir daher die neuen Leitlinien der Stadt Wiesbaden für mehr Bürgerbeteiligung. Darüber hinaus möchten wir das sog. Bürgerbüro stärken durch längere Ansprechzeiten auch an anderen Wochentagen, nicht nur mittwochs.

## Energie

Energie ist eine Basis unserer gesamten Gesellschaft. Ob Landwirtschaft, Verwaltung, Industrie, Verkehr, Dienstleistung oder private Haushalte, ohne Energie geht nichts!

Die Energieversorgung muss daher an den **realistischen Anforderungen** der Sicherheit, Systemstabilität, Umweltverträglichkeit und Kosteneffizienz ausgewogen orientiert werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als **System der Dauersubventionierung lehnen wir ab**. Strom darf nicht zum Luxusgut für Besserverdienende werden.

Die Liberal-Konservativen Reformer fordert die intensivierete **Förderung der Forschung und Entwicklung aller Verfahren** der Energieerzeugung. Die Förderung muss aber mit dem Eintritt der jeweiligen Technologie in den Markt enden. Subventionen für auf dem Markt befindliche Produkte beeinträchtigen den Wettbewerb und verfälschen das Preisgefüge. Die LKR begrüßt prinzipiell die Existenz von Stadtwerken. Energie-, Wasser- und Fernwärmenetze gehören i. d. R. in kommunale Hände, da sie natürliche Monopole darstellen. Wettbewerb ist hier technisch oft nicht gegeben. Eigentum und Konzessionen durch die Stadt (bzw. Stadtwerke) sichern die Versorgung der Bürger.

## **Finanzen, Steuern, Abgaben**

Für 2021 muss mit einem dramatischen städtischen **Haushaltsdefizit in Wiesbaden** gerechnet werden (Haushaltsvolumen gesamt über 1 Mrd. Euro). Dies ist eine unerträgliche Steigerung gegenüber den Vorjahren, in denen Wiesbaden sogar einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen konnte. Diese Schuldenfinanzierung führt am Ende in die „Krise“ und belastet zukünftige Generationen in ungebührlicher Art bzw. führt die Kommune über den „Kommunalen Schutzschirm“ zur Fremdbestimmung in finanziellen Angelegenheiten durch das Land. Das muss unter allen Umständen vermieden werden.

Die LKR lehnt deshalb weitere Schulden ab und fordert, dass die **Ausgaben der Stadt sich mittelfristig wieder nach den Einnahmen zu richten haben**. Die Ausgabenpolitik ist auf den Prüfstand zu bringen. Die Stadt wird darüber hinaus aufgefordert, mit Bund und Land in Verhandlung zu treten, um einen angemessenen **Kostenersatz** für die vielfältigen Aufgaben der „Kommunalen Daseinsfürsorge“ zu erhalten.

Ein **ausgeglichener kommunaler Haushalt** und eine **Schuldentilgung** begünstigen das Wirtschaftsklima in der Stadt für langfristige Strukturinvestitionen und fördern das Vertrauen der Bürger in das Gemeinwesen.

Wir lehnen auch eine Erhöhung städtisch erhobener **Steuern, Abgaben und Gebühren** zu Lasten der Bürger ab. Wiesbaden verfügt über genügend Einnahmen für einen ausgeglichenen Stadthaushalt. Bürgerfeindlich und unsozial in ihren Auswirkungen ist die deutliche Erhöhung der Hundesteuer, die langfristig abgeschafft werden soll.

Die LKR unterstützt die Forderung des Bundes der Steuerzahler, einen neuen Tatbestand der „**Haushaltsuntreue**“ einzuführen, welcher die Verschwendung von Steuergeldern unter Strafe stellt.

## **Kultur und Vereine**

Kunst und Kultur sind unverwechselbare **Elemente unserer europäischen, deutschen und Wiesbadener Identität**. Wir treten dafür ein, Kulturpolitik regional zu verankern und unter Einschluss von nichtstaatlichen Trägern wie Kirchen und Stiftungen zu fördern und zu gestalten.

Wir sind uns bewusst, dass nicht alle Dinge im menschlichen Leben in Geldwerten messbar sind. Dazu gehört unser reiches kulturelles Erbe in Malerei, Musik, gestaltender Kunst, Bräuchen und Festen, aber auch der Sprache und Sprachdialekte sowie das reichhaltige Angebot durch Vereine mit ganz unterschiedlicher Zielsetzung.

Kulturpolitik schafft die Freiräume zur Entfaltung von Kultur im Zusammenspiel von Bewohnern und Besuchern unserer Stadt. Kultur ist nicht nur ein Kosten-, sondern auch ein Wettbewerbsfaktor, sie ist ein **Imagegewinn für die Stadt Wiesbaden** und die ganze Region.

Wiesbaden hat einen Namen als **Kulturstadt** weit über die Region hinaus. Kultur bildet einen der **Standortfaktoren**, der für die Gewinnung qualifizierter Fach- und Führungskräfte in der Region eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Das kulturelle Angebot trägt zur Lebensqualität der Bürger bei.

**Subventionen** sind im kulturellen Bereich zwar nicht zu vermeiden, keinesfalls darf die Stadtkasse jedoch dafür herhalten, die Ideen, Wünsche und Forderungen von Minderheiten überproportional zu subventionieren. Kulturelle Veranstaltungen, Bürgerfeste und ähnliche, bürgernahe Ereignisse sollte die Stadt in logistischer und verkehrstechnischer Art unterstützen.

Die LKR fordert daher auch eine Überprüfung der Verwendung und Aufteilung der städtischen Kultursubventionen. Kleinere Kulturinitiativen sollten einen größeren Anteil bekommen.

**Vereine tragen viel zur Lebensqualität und dem Gemeinsinn der Bürger Wiesbadens bei**. Wir wollen auch die örtlichen Aktivitäten der Bewohner mehr unterstützen, die z. B. in den vielen gesellschaftlichen und

politischen Vereinen und Initiativen ihren Ausdruck finden. Wir lehnen es daher auch strikt ab, die Fördergelder für Vereine davon abhängig zu machen, dass die Vereine „aktive Integrationsarbeit“ leisten, wie dies derzeit von der Stadt Wiesbaden gefordert wird. Das sind aus unserer Sicht unzulässige politische Eingriffe in das Vereinsleben der Bürger.

## **Migration**

Mehr als ein Drittel der Wiesbadener Bevölkerung und mehr als die Hälfte der eingeschulten Kinder in Wiesbaden haben einen **Migrationshintergrund**. Auch vor diesem Hintergrund ist eine **ehrlische und offene Diskussion** über eine Steuerung und Begrenzung des Zuzuges und der damit verbundenen Belastungen der Stadt Wiesbaden dringend erforderlich. Die etablierten Parteien haben sich dieser auch für Wiesbaden und seine Zukunft so eminent wichtigen Debatte bisher verweigert. Ein „weiter so“ darf es nicht geben.

**Parallelgesellschaften mit völlig anderen Wertvorstellungen** breiten sich unübersehbar immer mehr aus. Die chaotische, ungesteuerte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in Verbindung mit den Anreizen, die das deutsche Sozialsystem bietet, wird diesen Prozess der **Desintegration** beschleunigen, wenn hier nicht Einhalt geboten wird.

Um eine Überforderung Wiesbadens und damit das sichere Misslingen der Integration zu vermeiden fordert die LKR, dass der Zuzug an der realen Bewältigung der Integration durch die Kommune seine Grenze finden muss. Die Stadt Wiesbaden und ihre Bürger müssen selbst bestimmen dürfen, wann die Aufnahmekapazität der Stadt und die **Belastungsgrenze** der Bürger erreicht ist.

Ein **Scheitern der Integration** bedeutet ein Anwachsen der Parallelgesellschaften mit all ihren Folgen wie z. B. das Entstehen rechtsfreier Räume, No-Go-Areas, Paralleljustiz, eine weitere Polarisierung der Gesellschaft, Belastung der Sozialsysteme und ein Anwachsen der Kriminalität. Das ist der **soziale Sprengstoff** der Zukunft und muss für unsere Stadt unter allen Umständen verhindert werden.

Die LKR fordert für Wiesbaden unter Einschluss des Ausländerbeirates ein neues Konzept zur Integration der in Wiesbaden lebenden Migranten zu erarbeiten und den Schwerpunkt hierbei deutlicher als bisher auf die Kinderbetreuung und die Vermeidung von Parallelgesellschaften zu legen.

Die deutsche Staatsbürgerschaft sollten nur diejenigen Migranten erhalten, die unsere Lebensart ausdrücklich bejahen und sich bereits über einen längeren Zeitraum in unsere Gesellschaft aktiv und erfolgreich integriert haben.

## **Sozialpolitik**

Die Sozialpolitik des Bundes und der Länder bedarf dringend der Überprüfung und Durchforstung in Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Klientelpolitik, Wahlgeschenke und hochtrabende Wünsche der Parteien führten zu gravierenden **Fehlentwicklungen**, die die Kommunen im Besonderen belasten. In den letzten Jahren sind die Sozialausgaben bundesweit dramatisch gestiegen!!

Schon heute verschlingen die **Sozialausgaben** der Stadt Wiesbaden einen großen Teil **des städtischen Haushaltes**. Damit liegt Wiesbaden im bundesweiten Vergleich mit an vorderster Stelle. Tendenz weiter steigend.

Die LKR fordert, sämtliche **Ausgabenposten auf den Prüfstand** zu stellen und auf ihre **Effizienz** zu untersuchen, soweit diese von der Kommune beeinflusst werden können wie z. B. alle freiwilligen Leistungen. Doppelstrukturen und parallele Leistungen müssen vermieden werden. Verschiedene Ämter oder Organisationen dürfen nicht identische Leistungen erbringen. Die Verwaltung der Sozialleistungen muss auf „schlanker“ werden. Sozialpolitik im Bereich von ALG II Empfängern muss stets auf Beschäftigung abzielen, auch wenn diese nur geringfügig ist.

Die LKR will das **Ehrenamt** und den freiwilligen Einsatz für die Gesellschaft als treibende Kraft für viele soziale Projekte weiter stärken. Sie sieht die **Bürger in gegenseitiger Verantwortung**. Alle Bürger, starke wie schwache, müssen den ihnen möglichen Teil zum Gemeinwohl beitragen. Die Gemeinschaft darf z. B. von den Bürgern, die die Grundsicherungsleistung des ALG II in Anspruch nehmen, eine angemessene Gegenleistung in Form gemeinnütziger Arbeit erwarten. Wer dazu fähig aber nicht bereit ist, kann keine Hilfe erwarten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen lehnen wir ab.

## **Wirtschaft und Wirtschaftsförderung**



Eine starke Wirtschaft ist der Garant für Arbeitsplätze und kommunale Einnahmen, und damit die Grundlage des privaten und öffentlichen gesellschaftlichen Wirkens und Lebens auch in Wiesbaden.

Die **Gewerbesteuereinnahmen** sind z. B. derzeit so hoch wie noch nie. Auch liegt der Gewerbesteuersatz in Wiesbaden im Vergleich zu anderen hessischen kreisfreien Städten bereits an der Spitze. Anstatt hier die Schraube immer mehr anzuziehen, fordern wir stattdessen die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wiesbaden durch gezielte **Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit** von Handwerks-, Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen.

Wir, die LKR, treten auch der technologiefeindlichen Stimmungsmache entschieden entgegen. Wir stehen **neuen, innovativen Techniken und Verfahren** ausdrücklich positiv und aufgeschlossen gegenüber. Oft bergen sie große Potentiale, die zum Wohl der Menschen und der Gesellschaft nutzbar gemacht werden können. Risiken neuer Technologien sind vorurteilsfrei als Herausforderung für weitere Forschung zu verstehen, keineswegs aber ein Grund für deren voreilige Ablehnung. Dadurch werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen.

Eine flexible und vor allem **unbürokratische Wirtschaftsförderung** soll mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe schnell und ideenreich bei neuen Investitionen, Unternehmenserweiterungen und vor allem bei Existenzgründungen unterstützen. Die LKR fordert ein **Strukturprogramm** zum Abbau unnötiger und kontraproduktiver bürokratischer Auflagen, die insbesondere den Mittelstand und kleinere Handwerksbetriebe überproportional belasten.

Die LKR bejaht eine **positive Einstellung zu technologischen Neuerungen** und Innovationen auf allen Sachgebieten und fördert die intensivierete Fortbildung von älteren Arbeitnehmern.

**Gewerbeflächen** mit guter Infrastruktur müssen bereitgehalten und ausgewiesen werden. Dabei ist der Bedarf mit der IHK, der Handwerkskammer und den Verbänden unter angemessener Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutz zu ermitteln. Die rasche Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Energie, Abfallwirtschaft und Datentechnik) in neu entwickelten Gewerbeparks erleichtern die Ansiedlung neuer Unternehmen für Mittelstand und Handwerk.